



Berlin, 8. April 2009

ASF fordert von Senator Wolf die Erfüllung der Koalitionsvereinbarung

„Wir werden keine Ruhe geben, bis Frauen in Berlin das Recht bekommen, das ihnen zusteht und öffentlich die Einhaltung geltender Gesetze und der Verfassung einfordern“, schreiben Dr. Eva Högl, MdB, Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) und Canan Bayram, MdA, frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus in einem Brief an Harald Wolf, Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen.

Högl und Bayram fordern Senator Wolf darin auf, die rechtswidrige Besetzung der BVG-Vorstandsposition unverzüglich rückgängig zu machen, die Stelle öffentlich auszuschreiben und ein transparentes Auswahlverfahren zu gewährleisten.

Beide Abgeordnete erinnern den Frauen-Senator daran, dass die rot-rote Koalitionsvereinbarung 2006 – 2011 das Ziel formuliert „den Anteil der Frauen im TOP-Management zu erhöhen und Vorstände, Verwaltungsräte und Aufsichtsräte landeseigener Unternehmen geschlechterparitätisch zu besetzen.“

Diese Ziele würden ad absurdum geführt, wenn mögliche Kandidatinnen mit Verstößen gegen geltendes Recht gezielt von Führungspositionen fern gehalten werden und dadurch nicht einmal die Chance bekommen, sich zu bewerben.

„Die Entscheidung über die Besetzung der BVG-Vorstandsposition ist juristisch wie politisch ein Armutszeugnis für das frauenpolitische Selbstverständnis der Frauenverwaltung des Berliner Senats“, so Högl und Bayram.